

Antworten DIE LINKE. Brandenburg auf die Wahlprüfsteine des Verbandes Privater Hochschulen

1. Wie stehen Sie zu der Arbeit der privaten Hochschulen in Brandenburg? Sind Sie der Meinung, dass sie einen wesentlichen Beitrag zur Bildungsvielfalt im Hochschulwesen und zur Bereicherung des Studienangebots für junge Menschen in Brandenburg leisten?

Ja, Private Hochschulen können das Studienangebot erweitern. Für DIE LINKE liegt Bildung jedoch vor allem in staatlicher Verantwortung.

2. Bund und Länder fördern insbesondere mit dem Hochschulpaket die Schaffung von Studienplätzen in den Hochschulen. Brandenburg hat zuletzt die privaten Hochschulen nicht mehr an den Mitteln des Hochschulpakets beteiligt, aber die von ihnen insgesamt geschaffenen Studienplätze in Brandenburg zur Förderung beim Bund angemeldet. Teilen Sie die Auffassung, dass dies eine ungerechte Benachteiligung der privaten Hochschulen ist und werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei der Neuauflage des Hochschulpakets 2019 alle privaten Hochschulen leistungsgerecht beteiligt werden?

Die GWK hat bereits einen Nachfolgepakt verhandelt und beschlossen.

3. Wir setzen uns für eine effizientere Hochschulfinanzierung ein, bei der auch die Leistungen und Ergebnisse der einzelnen Hochschulen für das Gesamtsystem einbezogen werden. So können wir uns einen schrittweisen Übergang auf eine Subjektfinanzierung vorstellen, bei der das Geld den Studierenden folgt. Können Sie sich entsprechende Reformen im Sinne einer effizienteren Verwendung öffentlicher Mittel für die Bildung vorstellen?

Die Hochschulen des Landes Brandenburg bekommen im Rahmen ihres staatlichen Auftrages neben der Grundfinanzierung anreizbasierte finanzielle Mittel über das Mittelverteilungsmodell. Uns ist es wichtig, dass diese nicht allein auf wissenschaftlichen Leistungen und Forschungsergebnissen basieren. Wir wollen die Qualität der Lehre, die Studiensituation und die Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen weiter verbessern und legen hierauf unseren Fokus.

4. Private Hochschulen müssen im Rahmen der externen Qualitätssicherung nicht nur ihre Studienprogramme akkreditieren lassen, sondern zusätzlich – im Gegensatz zu staatlichen Hochschulen – auch die Institutionelle Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat durchlaufen. Das führt zu erheblichen personellen und finanziellen Mehrbelastungen. Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass bei der anstehenden Reform der Institutionellen Akkreditierung durch Bund und Länder entsprechend dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Akkreditierung die Wissenschafts- und Hochschulfreiheit der privaten Hochschulen beachtet wird und insbesondere Doppelungen zwischen Institutioneller Akkreditierung und Systemakkreditierung beseitigt werden?

Für DIE LINKE steht die Qualitätssicherung der Studiengänge für die Studierenden im Mittelpunkt. Grundsätzlich präferieren wir daher die Programmakkreditierung vor der Systemakkreditierung. Letztere ist dennoch eine Möglichkeit, wenn die Hochschulen eine funktionierende, interne Qualitätssicherung nachweisen können. Bei privaten Hochschulen

mit staatlicher Anerkennung erachten wir eine Programmakkreditierung als ausreichend. Bei Hochschulen ohne staatliche Anerkennung ist eine Kombination aus System- und Programmakkreditierung für die Studierenden und die Anerkennung ihrer Abschlüsse sinnvoll.